

Unsicherheit und Risiko : Notizen zu einer Soziologie der Sicherheit

Autor(en): **Furrer, Theresa**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unsicherheit und Risiko

Notizen zu einer Soziologie der Sicherheit

Die Terroranschläge in den USA hätten das „Unsicherheitszeitalter“ (Horx) eingeläutet, heisst es allenthalben. Unmittelbar nach den Anschlägen wurde die politischen Öffentlichkeit mit Kommentaren über die bedrohte Sicherheit überschwemmt und es brach ein hektischer Aktionismus aus, um zumindest eine Form von „Innerer Sicherheit“ zu gewährleisten – die zwar weniger die Gesellschaft, als den Staat vor Bedrohungen schützt. Auch in den Medien wurde eifrig an der Produktion eines Mythos gebastelt: Der „11. September“ galt schon kurz nach den Anschlägen zumindest in westlichen Gesellschaften als Zäsur, die zumindest die Rückkehr der Politik in eine durch die Wirtschaftslogik bestimmte Welt bewirkt habe. Die Terroranschläge sind keineswegs eine so deutliche Zäsur in der Zivilisationsgeschichte, wie dies Medien und Politik glaubhaft machen wollen. Vielmehr dienen sie als Katalysatoren für gesellschaftliche und politische Entwicklungen, die sich schon seit längerem abzuzeichnen begonnen haben. Interessant sind aber weniger diese Entwicklungen und Diskurse selber, sondern vielmehr deren Thematisierung in der Soziologie beziehungsweise der Umgang der Soziologie mit ihnen.

„Sicherheit“, verstanden als „einer der tiefsten Wünsche des Menschen“ (Brunner 1984, 847), existiert als normativer Begriff erst seit dem 17. Jahrhundert. Ebenso ist die Vorstellung eines – gar naturrechtlich begründbaren – menschlichen Sicherheitsbedürfnisses ein neuzeitliches Ideal. Im 18. Jahrhundert wird Sicherheit als (Lebens-)Sicherung verstanden und mit Attributen wie Eigentum, Wohlfahrt, Ruhe, Frieden und ähnlichem in Verbindung gebracht, für deren Schutz und Erhaltung die Obrigkeit verantwortlich ist. Diese Argumentationslinie setzt sich, mit einem Unterbruch während der Zeit des Nationalsozialismus, bis Ende des 20. Jahrhunderts fort: Sicherheit wird sowohl auf innenpolitischer wie auf individueller Ebene in erster Linie als wohlfahrtsstaatliche Sicherheit begriffen. In den 1970er und 1980er Jahren verschieben ökologische Katastrophen den Fokus in Richtung Technologie: die Risikodebatte befasst sich mit den unwägbareren Auswirkungen der rasanten technologischen Entwicklung. Die Umweltdebatte erhält aber nie den Stellenwert eines wirklichen Sicherheitsparadigmas, dies bleibt bis in die Mitte der 1990er Jahre der sozialen Sicherheit vorbehalten. Dann beginnt das Konzept der „Inneren Sicherheit“ die „Soziale Sicherheit“ zu überlagern.

In der politischen Praxis ist „Sicherheit“ bis zum heutigen Tag ein vages Konzept geblieben, mittels dem Institutionen und Aktivitäten auf gesellschaftlicher, politischer wie militärischer Ebene gerechtfertigt werden und zwar auf nationalstaatlicher wie supranationaler Ebene. Der Blick der Politik richtet sich somit vornehmlich auf militärische und polizeiliche Sicherheits-

konzepte und die Debatte um die Auswirkungen der politischen und ökonomischen Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts wird auf den Schein-schauplatz dräuender Sicherheitsdefizite verwiesen: Wo die Sicherung sozialer Errungenschaften zur Diskussion stehen sollte, wird über organisierte Kriminalität und Terrorismus debattiert, und anstatt substanzielle Lösungen für die Migrationsproblematik vorzuschlagen, ertönt der Ruf nach schärferen Grenzkontrollen und hochqualifizierten Arbeitskräften.

Erst im 20. Jahrhundert hat sich Sicherheit zum gesellschaftlichen Wertbegriff entwickelt, ja stärker noch: Sicherheit wurde zum realisierbaren Wertsymbol: sie zählt – und zahlt sich aus. Das Erfassen möglicher Unsicherheiten wird zum Ziel, das es zu erreichen gilt, koste es, was es wolle. Denn Sicherheit wird trotz Fragmentierung zum (handelbaren) Gebrauchsgut, oder zumindest lassen sich Unsicherheitswahrscheinlichkeiten berechnen – Unsicherheiten werden damit in Sicherheiten transformiert und sei es nur durch diskursives Umdefinieren von Unsicherheiten in „Sicherheitsfiktionen“ (Lippert, Prüfert, Wachtler 1997, S. 24). Diese Fiktionen scheinen Struktur zu schaffen und soziale Eindeutigkeit, was letztlich gesellschaftlicher Erwartungssicherheit entspricht und damit gesellschaftliche Interaktion ermöglicht. Genau gleich wird vorgegangen, wenn es um das Risiko geht. Die eigentlich nicht-beherrschbaren Prozesse, die dem Risiko immanenten Kontingenzen, die Unabwägbarkeiten, die gegenwärtig übrigens nicht mehr nur Technologie und Wirtschaft betreffen, sondern immer stärker auf die Lebenswelt der Individuen übergreifen, müssen bewältigt werden. Und deshalb werden mittels Risikoabschätzungen die Eintretenswahrscheinlichkeiten von Ereignissen als Prozenträte berechnet.

Sicherheitsfiktionen, wie etwa die Rasterfahndungen in Deutschland oder ähnliche Massnahmen, die nach den Terroranschlägen geltend gemacht wurden und die nachweisbar die Anschläge nicht hätten verhindern können, oder hochkomplexe technologische Sicherheitssysteme, die Risikominimierung zum Ziel haben, vermitteln der Gesellschaft das Gefühl, Unsicherheiten und Risiken seien bewältigbar oder gar in routinemässigen Kontrollen zu bändigen.

Wo Realität und Eventualität in mathematischen Operationen oder diskursiven Umdefinierungen gegenübergestellt werden, verliert sich die Unwägbarkeit von Gefahren scheinbar, macht die Gefahr einer Illusion von Beherrschbarkeit Platz, wird der Versuch unternommen, Gefahren zu domestizieren. Das Ergebnis ist insbesondere bei der diskursiven Umdefinierung nicht selten das Gegenteil. Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit richten sich nämlich meistens gegen die freiheitlichen, demokratischen Grundrechte – und auch wenn diese die bürgerliche Herrschaftsordnung repräsentieren, verschlechtert sich die Lebenssituation der Individuen, wenn sie einer Sicherheit, die sich letztlich gegen die Gesellschaft richtet, geopfert werden.

So also wird vorgegangen, wenn Sicherheit unter technischem, ökonomischem, politischem und sogar psychologischem Blickwinkel hergestellt werden soll: Die Umdefinierung von Gefahren in Risiken bietet technische

und ökonomische (Pseudo-)Sicherheiten, Sicherheitsfiktionen, Sicherheitsdiskurse und selbstverständlich auch institutionelle Massnahmen, diese allerdings befriedigen nur bis zu einem gewissen Grad politische und psychologische Sicherheitsbedürfnisse. Sicherheit wird so zum gesellschaftlichen Konstrukt, und gleichzeitig bleiben Sicherheit und Unsicherheit beängstigend irreal, denn vor allem in der westlichen Welt ist der Wunsch nach (mehr) Sicherheit nicht zwingend von realen Bedrohungen abhängig, sondern entsteht viel häufiger aufgrund eines diffusen Unbehagens, welches durchaus und häufig von Diskursen der Unsicherheit geprägt sein kann.

Somit ist das Verhältnis zwischen Sicherheit und Gesellschaft eigentlich paradox: Die Suche nach Sicherheit strukturiert weite Teile des gesellschaftlichen Zusammenlebens, doch gleichzeitig wird das, was als Sicherheit gilt, erst durch Teile der Gesellschaft definiert. Insofern müsste Sicherheit einen prominenten Platz innerhalb der Soziologie einnehmen.

Das Sicherheitsproblem in der Soziologie

In die soziologische Debatte und Theoriebildung ist Sicherheit jedoch noch kaum als unabhängiges Forschungsgebiet eingegangen. Ob dies allerdings notwendig ist oder ob sich die Soziologie im Sinne Oskar Negts wieder vermehrt auf „Gesellschaft“ als das die Theoriebildung bestimmende Kriterium konzentrieren sollte, bleibt für den Moment dahingestellt. Negt jedenfalls kritisiert an der soziologischen Debatte der letzten zwanzig bis dreissig Jahren, dass „Ersatzkonstruktionen“ wie die Protest-, die Erlebnis- oder die Zivilgesellschaft die Strukturierungsfunktion des Begriffs „Gesellschaft“ übernommen und damit den Fokus weg vom gesellschaftlichen Zusammenleben, hin zu Teilbereichen gesellschaftlicher Organisation gelenkt haben. Das Ganze, die Gesellschaft schlechthin, sei eben mehr als „blosse Zustandsbeschreibung von Subjekten“ oder „normative Handlungsmomente“ – und müsse deshalb auch als Ganzes betrachtet werden.

Diese Ersatzkonstruktionen sind tatsächlich problematisch: Negt fragt zu Recht, ob beispielsweise gesagt werden könne, Erlebnis sei eine den gesellschaftlichen Zusammenhalt konstituierende Kategorie (Negt 1999, 23). Genauso könnte natürlich gefragt werden, ob Sicherheit einer solchen Kategorie entspreche. Problematisch ist aber auch, dass Unsicherheit und Risiko aufgrund einer Fehleinschätzung nicht als unabhängiges Konzept in der Soziologie begriffen werden. So lange davon ausgegangen wird, dass absolute Sicherheit zu erreichen ist, da Fortschritt und schrittweises Eliminieren von Unsicherheiten notgedrungen ins Sicherheitszeitalter führen müssten, so lange Sicherheit eine Frage von Zeit und Geld bleibt, wird sie immer als etwas verstanden werden, das einer totalen Rationalität unterworfen ist. Mit anderen Worten: Sicherheit bleibt eine unbedingte Zielgrösse und ist nicht zu problematisieren.

Mitte des 20. Jahrhunderts macht Talcott Parsons auf das Kernproblem soziologischen Forschens aufmerksam, zumindest aus Sicht des Struktur-

funktionalismus. Demzufolge kreise soziologisches Denken stets um das „hobbessche Problem“, also um die Frage der sozialen Ordnung – und damit nicht der Unsicherheit, sondern deren Überwindung – in einer Welt, für die es keine „kosmologische Strukturierung“ mehr gäbe. Die soziologische Risiko- und Sicherheitsforschung stehe noch heute in der Hobbesschen Tradition. So wie Unsicherheiten in Risiken transformiert und damit berechen- und prognostizierbar werden, versuche die Soziologie das „Unsicherheitsproblem“ in die „Ordnungsfrage“ zu verwandeln: „Denn akzeptiert man, wie nicht erst seit Parsons üblich, die Transformation der Unsicherheitsfrage in das ‘hobbessche Problem der Ordnung’, so findet ein folgenreicher Themenwechsel statt. Die Unsicherheit wird zu einer Sicherheitsaufgabe und die Unordnung zu einer Ordnungsfrage. In der Soziologie als ‘Ordnungswissenschaft’ tauchen Risiko und Unsicherheit dementsprechend entweder gar nicht oder nur negativ auf: wenn überhaupt, so erscheinen sie als Abweichung von der Ordnung und damit als ein Problem der sozialen Kontrolle [...], das in der Regel durch Ausgrenzung gelöst wird.“ (Bonß 1995, 12f.).

Konflikttheoretische Überlegungen bleiben bei Parsons als Strukturfunktionalisten logischerweise ausgeklammert. Doch auch die Konflikttheorie hat sich nur am Rande mit dem Problem von Sicherheit und Unsicherheit auseinandergesetzt. Auch hier bleibt das sogenannte „Ordnungsproblem“ in der Argumentation bestehen und (Un-)Sicherheiten des sozialen Handelns werden kaum thematisiert. Sicherheit wird also in der Soziologie im allgemeinen als Teilgebiet im Rahmen von Macht- bzw. Herrschaftstheorien oder in der Techniksoziologie bearbeitet.

Geprägt durch die Diskurse über die Risiken einer hochtechnologisierten Umwelt beteiligt sich die Soziologie stark an der Ökologie- und Technikdiskussion. Die Ergebnisse allerdings werden im Rahmen von Individualisierung, Modernisierung und neoliberalen Umbau auch auf andere Bereiche des menschlichen Lebens übertragen. Risiko betrifft damit nicht mehr nur die Technologie, sondern jeder Mensch hat „sein“ Risiko individuell zu tragen und zu verantworten. Ab den 1990er Jahren bis in die Gegenwart thematisiert ein weiterer Forschungsstrang Sicherheit – und zwar im Kontext von ökonomischem Wandel, abnehmender Solidarität, Kriminalität, Migration und Globalisierung. Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Problemen könnte durchaus mit der Aktualität der Debatte um die „Innere“ wie die „Äussere Sicherheit“ mithalten, thematisiert sie doch die Kehrseite der globalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen. Neben dem prominenten Konzept der Risikogesellschaft (Beck 1991) findet diese Position jedoch kaum Gehör.

Die „Risikogesellschaft“ hat die aktuelle soziologische Forschung zum Thema Sicherheit dominiert. Beck beschreibt darin den Übergang von der „Klassen- oder Industriegesellschaft“ zum „neuen Paradigma der Risikogesellschaft“ (Beck 1986, S. 26). „Klassengesellschaften bleiben in ihrer Entwicklungsdynamik auf das Ideal der *Gleichheit* bezogen (...). Nicht so die Risikogesellschaft. Ihr normativer Gegenentwurf, der ihr zugrunde liegt

und sie antreibt, ist die Sicherheit. (...) Der Traum der Klassengesellschaft heisst: Alle wollen und sollen *teilhaben* am Kuchen. Ziel der Risikogesellschaft ist: Alle sollen *verschont* bleiben vom Gift.“ (Beck 1986, 65).

Becks Blick auf Sicherheit betrifft hier in seiner Studie vor allem Ökologie und Technikfolgen, dies allerdings mit postulierten Auswirkungen auf die Gesellschaftsordnung. Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung, so die These, hat Risiken erzeugt, die jenseits von Klasse oder Machtstellung alle Menschen bedrohen. Becks Theorie – Negt bezeichnet sie sogar als Konstruktion, die allen Regeln klassischer Ideologie entspreche (Negt 1999, 30) – ist allerdings von der Lebenswelt der meisten Menschen völlig entkoppelt. Unbestritten ist, dass der enorme technologische Fortschritt der letzten zwei Jahrhunderte zur paradoxen Situation geführt hat, dass sich die Menschheit selber ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Sich aber vorzustellen, dass die Auswirkungen dieser Zerstörung alle Menschen gleichermassen betreffen soll, wie dies Beck postuliert, ist vor dem Hintergrund der weltweiten Ungleichheit absurd. Die Folgen der Klimaerwärmung beispielsweise suchen Menschen in den ärmeren Ländern ungleich stärker heim als Menschen im Norden.

Beck kombiniert sein Konzept mit theoretischen Überlegungen zur Individualisierung und zu Politik- und Gesellschaftsentwicklung. Das Resultat für die Gesellschaft ist ein auf alle Lebensbereiche übertragenes, individualisiertes Risiko; doch viel entscheidender als diese Bedrohung seien für den modernen Menschen die Möglichkeiten, die sich ihm durch die Individualisierung böten: aktive Lebensplanung, kreatives Umgehen mit biographischen Brüchen, Freiheiten jenseits von Traditionen und sozialen Bindungen. Diese Vorstellung von Kreativität und Freiheit wird übrigens in Richard Sennets „Der flexible Mensch“ (1998) in essayistischer Form und an Fallbeispielen widerlegt – das Gegenteil ist nämlich der Fall. Das Individualisieren der Verantwortung löst ebenso grosse Ängste aus wie Brüche in der Biographie. Bereits privilegierte Menschen gehen in der Regel leichter und besser mit diesen Herausforderungen um, die grosse Masse der anderen ist durch die „Drift“, das freie Flottieren in der Arbeitswelt bedroht. Systeme der Sicherheit haben immer mit Ausgrenzung und Unterdrückung zu tun. Ob dies nun die soziale Sicherheit betrifft oder sich auf die wirtschaftliche Sicherheit bezieht, ob Innere Sicherheit im Blickfeld steht oder die Bedrohung der Äusseren Sicherheit auf dem Spiel stehen soll: Da Sicherheit etwas ist, was vermeintlicherweise durch konkrete Massnahmen hergestellt werden kann, wird immer jemand entscheiden, wer in welcher Form durch welche Massnahmen betroffen wird und wer davon profitieren darf.

In Adalbert Evers' und Helga Nowotnys Beitrag „Über den Umgang mit Unsicherheit“ wird die Herausbildung von Sicherheitsstrukturen als gesellschaftliche Lernprozesse aufgefasst. Gefahren werden dabei in diskontinuierlichen, konfliktiven Lernprozessen zu Risiken transformiert und somit kalkulier- und gestaltbar gemacht. Als Konsequenz unterscheiden Evers und Nowotny neben den institutionalisierten Sicherheitskomplexen „ge-

meinschaftsbezogene Sicherheitsgaranten und individuell erworbene Kompetenzen, die sich im einzelnen nur schwer erfassen lassen“. Diese werden als Selbstsicherheit bezeichnet, also Sicherheit im Sinn von „Orientierung der gefestigten eigenen sozialen Identität und der sozialen Kompetenz, die es den Menschen ermöglicht, jeweils spezifische kompensatorische Strategien im Umgang mit Unsicherheit sowohl auf individueller Ebene als auch in zwischenmenschlichen Beziehungen zu entwickeln“. (Evers/Nowotny 1987, 61)

Das Konzept der Selbstsicherheit verweist auf einen wichtigen, heute mehr denn je zentralen Punkt. Sicherheitsdiskurse und Strategien zur Herstellung von Sicherheit sollen die angeschlagene Selbstsicherheit in vielen Staaten der westlichen Welt auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene wiederherstellen. Unmittelbar einsichtig ist in diesem Zusammenhang beispielsweise der „War on Terror“, wobei in diesem Fall nicht so sehr eine Übertragung stattfindet, sondern durch die Unterscheidung in Gut und Böse eine Gruppe gegen innen geeint und gegen aussen abgegrenzt wird. Deutlicher wird das Konzept der „kompensatorischen Strategien“ am Beispiel Migration. Wenn Migration als Ursache und Arbeitslosigkeit als Wirkung betrachtet wird, entsteht eben genau die „soziale Kompetenz, die es den Menschen ermöglicht, jeweils spezifische kompensatorische Strategien im Umgang mit Unsicherheit (...) zu entwickeln“. Der drohende Schatten der Arbeitslosigkeit erhält auf diese Weise ein Gesicht – und zwar ein fremdländisches.

Ein erstes Fazit

Unsicherheiten und Ungewissheiten haben die Menschheit seit Anbeginn begleitet. Doch sie waren nicht nur Bedrohung für Gesellschaften und Individuen. Denn allumfassende Sicherheit ist nicht zu erreichen – und sie wäre auch dysfunktional für eine Gesellschaft. Absolute Sicherheit ist nur unter Ausschluss jeglicher Andersartigkeit, jeglicher Differenzen, jeglicher *Unsicherheit* eben, zu erreichen; jedoch sorgen Unwägbarkeiten und Auseinandersetzungen gerade dafür, dass die gesellschaftliche Entwicklung nicht stagniert und dass menschliches Lernen, welches für Entwicklung unabdingbar bleibt, nicht aufhört.

Der Blick auf Sicherheit hat sich in den vergangenen 30 Jahren weg von sozialer Sicherheit, die die individuelle Wohlfahrt zum Ziel hat, über die bedrohte Aussenwelt, also den Szenarien einer kollabierenden Umwelt, die alle gleichermassen ins Verderben reisst, hin zu der Innenwelt einer überkomplexen, globalisierten Gesellschaft verschoben. JedeR einzelne ist bedroht, sei dies nun an Leib und Leben oder durch die neuen, mit der neoliberalen Marktordnung gekoppelten Risiken – die Individualisierung hat auch die Unwägbarkeiten des modernen Lebens buchstäblich individualisiert und somit wird auch die Sicherheit und die Bewältigung von Unsicherheiten zum individuellen Problem.

Auf den ersten Blick scheinen damit die VertreterInnen der sozialen Frage nun plötzlich wieder Aufwind bekommen zu haben, geht es doch bei den aktuellen Auseinandersetzungen um Risiken, die der klassischen sozialen Frage entsprechen. Doch die sozialen Konflikte, die im vergangenen Jahrzehnt entstanden sind, haben nur noch am Rand mit der Auseinandersetzung um soziale Sicherung zu tun. Die durch Sozial- und Arbeitsplatzabbau verunsicherte Bevölkerung versucht, ihre bisher nationalstaatlich garantierten Privilegien einzufordern. Die Krise des Wohlfahrtsstaates, beeinflusst durch den neoliberalen Umbau der Wirtschaft, und die Individualisierung von Risiken werden aber nicht als die eigentlichen Probleme wahrgenommen, sondern diese werden seit längerem vom Diskurs der „Unsicherheit“ überlagert. AusländerInnen und Flüchtlinge werden in diesen Diskursen zum Sicherheitsrisiko, indem sie vordergründig den „einheimischen“ Arbeitskräften ihre Beschäftigung streitig machen, deren Lebensraum besetzen und vermeintlich an den ohnehin schon löchrigen sozialen Sicherungsnetzen zerren. Damit werden genuin gesellschaftliche Krisen der Justiz und den Sicherheitsapparaten überantwortet und soziale Konflikte verwandeln sich in moralische und symbolische Kämpfe gegen das Fremde und das Schwache.

Die Terroranschläge in den USA haben diese Entwicklungen nicht erst eingeleitet, sondern höchstens verstärkt. Im Gegensatz zu technologisch bedingten Unsicherheiten und Gefahren, die von sozialen Bewegungen artikuliert und auf die Agenden der Politik gebracht wurden, ist die gegenwärtige Situation insofern umgekehrt, als dass der Staat selbst Sicherheitsdiskurse lanciert und deren Bearbeitung an die Hand nimmt. Es wird versucht, dafür die Öffentlichkeit zu mobilisieren, aber diese Mobilisierung verläuft von oben nach unten – nicht umgekehrt. Es sind eben keine sozialen Bewegungen, welche die Diskurse um Migration, Kriminalität, den Abbau des Staates im allgemeinen und des Wohlfahrtsstaates im speziellen einleiten, sondern diese Diskurse werden von staatlichen Institutionen und Kommissionen, etablierten Parteien, von Wirtschaftsorganisationen und Verbänden initiiert und provoziert.

Eine weitere Umkehrung besteht heute darin, dass nach erfolgter Problemmatisierung einer Unsicherheit nicht eine Praxis des Verzichts (auf Atomenergie, aufs Autofahren, aufs Düngen) folgt, sondern eine Praxis der Privilegierung respektive der Diskriminierung. In Aussicht stehen dabei Arbeitsplätze, Rechtssicherheit und Anspruch auf soziale Sicherheit. Die Privilegien erwachsen jenen, welche die relevanten Ausweispapiere oder Bedürfnisnachweise besitzen, die Nachteile jenen, welche, vorab aus Gründen der „falschen“ Staatsbürgerschaft, ausgeschlossen werden.

Das Feld der gesellschaftlichen und individuellen Sicherheit ist komplex, Sicherheit ist mehrdimensional und ebenso muss sich auch der gesellschaftliche Umgang mit ihr gestalten. Eine Soziologie der Sicherheit müsste in erster Linie versuchen, die verschiedenen Bereiche zu integrieren und den Fokus weg von der individuellen auf die gesellschaftliche Ebene bringen. Denn weil Sicherheit nicht nur eine individuelle Angelegenheit ist

– auch wenn die individuellen Strategien zur Herstellung von Sicherheit vielfältig sind und von symbolischen Handlungen bis hin zur rationalen Vorsorge und zum rationalen Risikokalkül gehen –, sondern vielmehr eine gesellschaftliche Konstruktion, ja öfters sogar eine Sicherheitsfiktion, liesse sich durch die Ausgestaltung des Sicherheitsparadigmas Genaueres über die konkrete gesellschaftliche Organisation und gesellschaftliches Handeln aussagen.

Literatur

- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich (Hrsg.), 1991: Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt/M.
- Bonß, Wolfgang, 1995: Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne. Hamburg
- Brunner, Otto (Hrsg.), 1984: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart
- Evers, Adalbert/Nowotny, Helga 1987: Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt/M.
- Furrer, Theresa/Weber, Koni 1998: Verunsicherung in Europa? Sicherheit und Sicherheitsdiskurse vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts, unveröff. Lizentiatsarbeit. Zürich
- Lippert, Ekkehard/Prüfert, Andreas/Wachtler, Günther 1997: Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Opladen
- Negt, Oskar, 1999: Globalisierung und das Problem menschlicher Risiken. Ideologiekritische Anmerkungen zu den Modernisierungstheorien von Ulrich Beck und Anthony Giddens. In: Interventionen: Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverlegung durch Wissenschaft. Hannover
- Sennet, Richard, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin



**»Big Brother«
im wirklichen Leben**

Rolf Gössner konstatiert eine dramatische Zunahme der Kontrolldichte im öffentlichen und privaten Raum. Anschaulich zeigt er die Auswirkungen verschärfter Sozialkontrolle auf die betroffenen Menschen und die Bürgerrechte.

KONKRET LITERATUR VERLAG

ISBN 3-89458-195-6
192 Seiten, € 16,50, Sfr 30